



Anton Pelinka  
Johannes Varwick

# Grundzüge der Politikwissenschaft

2. Auflage

Böhlau

UTB



UTB 2613

### **Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage**

Böhlau Verlag · Köln · Weimar · Wien  
Verlag Barbara Budrich · Opladen · Farmington Hills  
facultas.wuv · Wien  
Wilhelm Fink · München  
A. Francke Verlag · Tübingen und Basel  
Haupt Verlag · Bern · Stuttgart · Wien  
Julius Klinkhardt Verlagsbuchhandlung · Bad Heilbrunn  
Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft · Stuttgart  
Mohr Siebeck · Tübingen  
Nomos Verlagsgesellschaft · Baden-Baden  
Orell Füssli Verlag · Zürich  
Ernst Reinhardt Verlag · München · Basel  
Ferdinand Schöningh · Paderborn · München · Wien · Zürich  
Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart  
UVK Verlagsgesellschaft · Konstanz  
Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen · Oakville  
vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich

Anton Pelinka  
Johannes Varwick

# Grundzüge der Politikwissenschaft

2., bearbeitete und ergänzte Auflage

Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN utb 978-3-8252-2613-8

ISBN Böhlau 978-3-205-78628-3

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 2010 – 2., bearbeitete und ergänzte Auflage

Böhlau Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG,

Wien · Köln · Weimar

<http://www.boehlau.at>

<http://www.boehlau.de>

2000 – 1. Auflage Böhlau Verlag Wien · Köln · Weimar

2004 – 1. Auflage UTB

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.

Satz und Layout: Palli & Palli OG, 6020 Innsbruck

Druck: Freiburger Graphische Betriebe, 79108 Freiburg/Breisgau

# *Inhaltsverzeichnis*

Vorwort .....	9
Einleitung .....	11
<b>1. Politikwissenschaft und Politik .....</b>	<b>13</b>
1.1. Politikwissenschaft als Sozialwissenschaft .....	13
1.2. Hauptrichtungen der Politikwissenschaft .....	15
1.3. Politikbegriffe. ....	19
1.4. Merkmale und Grenzen des Politischen. ....	22
1.5. Politik und Wissenschaft. ....	26
<b>2. Demokratie als Herrschaftsform .....</b>	<b>30</b>
2.1. Direkte und indirekte Demokratie .....	30
2.2. Konkurrenz und Konkordanz .....	33
2.3. Wahl und Parlamentarismus. ....	36
2.4. Parlamentarischer Entscheidungsprozess und Opposition ...	40
2.5. Verfassung und Gewaltenteilung .....	43
<b>3. Mehrparteiensysteme .....</b>	<b>47</b>
3.1. Typologie politischer Systeme. ....	47
3.2. Parlamentarische Systeme .....	50
3.3. Präsidentielle Systeme .....	54
3.4. Gemischte Systeme .....	58
<b>4. Einparteiensysteme und Parteiensysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern. ....</b>	<b>62</b>
4.1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede .....	62
4.2. Kommunistische Einparteiensysteme. ....	66
4.3. Faschistische Einparteiensysteme .....	69
4.4. Parteiensysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern ...	71
4.5. Grauzonen zwischen Demokratie und Diktatur .....	78

<b>5. Wahlen und öffentliche Meinung</b> .....	81
5.1. Wahlsysteme .....	81
5.2. Inhalte der Wahlforschung .....	85
5.3. Methoden der Wahlforschung .....	90
5.4. Probleme der Umfrageforschung .....	92
5.5. Medien (Exkurs) .....	95
<b>6. Parteien und Parteiensystem</b> .....	98
6.1. Funktion und Typologie politischer Parteien .....	98
6.2. Innerparteiliche Demokratie .....	102
6.3. Parteiprogramme und Personalisierung .....	104
6.4. Parteienfinanzierung .....	106
6.5. Parteiensysteme .....	109
<b>7. Verbände und Bürokratie</b> .....	113
7.1. Funktion und Typologie der Verbände .....	113
7.2. Adressaten der Verbände .....	117
7.3. Neokorporatismus und Mitbestimmung .....	121
7.4. Bürokratie .....	125
<b>8. Die zentralen Konfliktlinien internationaler Politik</b> .....	128
8.1. Internationale Beziehungen allgemein .....	128
8.2. Ost-West-Konflikt, Neutralität und Blockfreiheit .....	132
8.3. Anhaltende Bedeutung des Nord-Süd-Konflikts .....	138
8.4. Globalisierung als prägendes Strukturmerkmal der internationalen Politik .....	143
<b>9. Friedens- und Konfliktforschung</b> .....	151
9.1. Frieden, Krieg und Gewalt .....	151
9.2. Konflikte und Konfliktursachen .....	155
9.3. Entstehung von Kriegen .....	159
9.4. Prävention als neuartige Perspektive auf die Sicherheitspolitik .....	161
<b>10. Internationale Organisationen und Außenpolitik</b> .....	167
10.1. Internationale Organisationen allgemein .....	167
10.2. Die Vereinten Nationen .....	172

10.3. Die Europäische Union .....	179
10.4. Außenpolitik .....	187
 11. Politische Ideengeschichte – von der Antike bis zur Neuzeit .....	192
11.1. Politische Ideen und Ideologien .....	192
11.2. Antike: Polis, Reaktion und Christentum .....	194
11.3. Mittelalter und Renaissance: Naturrecht und Empirie .....	200
11.4. Anfänge der Neuzeit: Utopie und Säkularisierung .....	203
 12. Politische Ideengeschichte – bürgerliche Revolutionen und die Folgen .....	207
12.1. Die <i>Levellers</i> , <i>Locke</i> und die englische Revolution .....	207
12.2. <i>Montesquieu</i> , die „Federalists“ und die amerikanische Revolution .....	209
12.3. Die Jakobiner und die Französische Revolution .....	212
12.4. Liberalismus und Konservatismus .....	215
12.5. Frühsozialismus und <i>Karl Marx</i> .....	219
 13. Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. ....	221
13.1. Postmarxistischer Sozialismus. ....	221
13.2. Konservatismus und Christliche Soziallehre .....	227
13.3. Liberalismus und Demokratietheorie. ....	230
13.4. Faschismus. ....	234
13.5. Korrekturen und Gegenströmungen .....	236
 Literaturverzeichnis. ....	240
 Personenindex. ....	250





## *Vorwort zur zweiten Auflage*

Das Buch „Grundzüge der Politikwissenschaft“ ist ein Lehrbuch. Es dient einem ersten, inhaltlichen Überblick über das Fach Politikwissenschaft. Das Buch ist daher didaktisch ausgerichtet: Es soll keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse vermitteln. Es soll vielmehr in einer auch für Studierende am Beginn des Studiums der Politikwissenschaft zumutbaren Form eine Gesamtschau über das vermitteln, was unter Politikwissenschaft zu verstehen ist. Der didaktische Aufbau des Buches ist so strukturiert, dass es als Basisliteratur für eine Lehrveranstaltung geeignet ist, die in das Fach Politikwissenschaft einführt.

Das Buch bedarf daher der Ergänzung in Form einer methodischen Einführung. Eine solche Einführung ist nicht die Aufgabe dieses Buches – die Methodenlehre der Politikwissenschaft, bzw. der Sozialwissenschaften generell ist ja auch üblicherweise Gegenstand eigener, spezifisch methodologischer Lehrveranstaltungen. Dieses Buch beansprucht daher nicht, die für das Studium der Politikwissenschaft unbedingt erforderliche Einführung in die Methoden der Politikwissenschaft, bzw. der Sozialwissenschaften ersetzen zu können.

Das Buch ist 2000 (Böhlau) bzw. 2004 (UTB) in einer ersten Auflage erschienen – geschrieben und verantwortet von Anton Pelinka. Die zweite Auflage folgt der Grundstruktur der ersten Auflage, sie ist aber das Ergebnis einer Kooperation zwischen Anton Pelinka und Johannes Varwick. Dadurch ist nicht nur eine Berücksichtigung der Weiterentwicklung der Disziplin möglich, sondern auch ein generationen- und länderübergreifendes Zusammenbringen unterschiedlicher Erfahrungen.

Für die technische Seite der Überarbeitung und Erweiterung ist Ellen Palli zu danken.

Anton Pelinka  
Budapest, Wien

August 2010

Johannes Varwick  
Erlangen, Berlin



## Einleitung

Das Buch folgt dem international üblichen Aufbau der Politikwissenschaft. Nach einer Beschreibung des Selbstverständnisses des Faches (Kapitel 1) folgen Kapitel, in denen Grundkenntnisse Politischer Systeme und Prozesse vermittelt werden (Kapitel 2 bis 7); Abschnitte, die der Internationalen Politik gewidmet sind (Kapitel 8 bis 10); und schließlich die historisch gegliederte Politische Theorie- und Ideengeschichte (Kapitel 11 bis 13).

Daran schließen Literaturverweise, die nach den einzelnen Kapiteln gegliedert sind und – wegen des Lehrbuchcharakters – bewusst übersichtlich und damit knapp gehalten sind. Die Literaturangaben beziehen sich ausschließlich auf Literatur in deutscher oder in englischer Sprache. In diesen Angaben sind einerseits einige „Klassiker“ enthalten (z.B. *Arendt, Deutsch, Fraenkel, Galtung, Knoll, Lazarsfeld, Lipset, Rokkan*); andererseits eher neue Bücher, die vor allem didaktisch orientiert sind.

Im Literaturverzeichnis sind eingangs auch einige Hinweise enthalten, die sich auf – andere – Einführungswerke und auf Handbücher (bzw. Lexika) beziehen. Es handelt sich dabei um eine beispielhafte Auswahl aus der kaum noch überblickbaren Zahl von politikwissenschaftlichen Lehrbüchern. Diese Auswahl bezieht sich abermals nur auf deutsch- und auf englischsprachige Literatur. Dabei handelt es sich um Bücher, die uns selbst gelegentlich oder häufig als Grundlage für unsere Lehrtätigkeit gedient haben und noch dienen.

Das Buch soll als eine – erste – Grundlage für ein weiteres, sich ausdifferenzierendes Studium der Politikwissenschaft dienen. Dazu zählt insbesondere auch die Notwendigkeit, sich speziell mit den (sozialwissenschaftlichen, politikwissenschaftlichen) Methoden vertraut zu machen. Dazu zählt auch, dass ein Aufbaustudium – wiederum im Sinne internationaler Standards – dann im Rahmen der traditionellen Teilbereiche organisiert ist. Dieses Lehrbuch soll aber vermitteln, dass Politikwissenschaft mehr ist als die bloße Addition von Politischer

Theorie, Internationaler Politik und der Lehre von den Politischen Systemen.

Das Buch geht von einem Verständnis von Politikwissenschaft aus, das zwar nicht selbstverständlich und daher auch nicht unumstritten ist, das aber der – heute – herrschenden Lehre entspricht. Politikwissenschaft ist weder eine „Königs-“, noch ist sie eine „Integrationswissenschaft“. Sie ist weder anderen Disziplinen in irgendeiner Form vor- oder übergeordnet, noch ist sie die Zusammenfassung aller irgendwie mit Politik im weitesten Sinn befassten Disziplinen. Politikwissenschaft ist nicht der gemeinsame Nenner von Geistes-, Rechts- und Sozialwissenschaft; von Philosophie und Geschichte, von Verfassungs- und Völkerrecht, von Soziologie und Wirtschaftswissenschaft. Politikwissenschaft ist als eine Sozialwissenschaft zu sehen – als die Sozialwissenschaft, die sich mit dem Phänomen des Politischen beschäftigt.

Politikwissenschaft ist keine Tugendlehre. Sofern sie sich mit Ethik befasst, untersucht sie, wie bestimmte Vorstellungen von Ethik und Moral, wie Normativität überhaupt sich politisch auswirkt. Der Politikwissenschaft selbst ist keine bestimmte Vorstellung vom Wahren, Guten und Schönen zu eigen.

Anders oder zumindest stärker, als dies für die Lehre anderer Wissenschaftsdisziplinen gilt, trifft die politikwissenschaftliche Lehre auf eine Fülle von vorwissenschaftlichen Annahmen; von Vorstellungen, wie Politik „funktioniert“; von – vermeintlichem – Wissen über das, was jeweils „gut“ oder „schlecht“ sei. Daher muss die politikwissenschaftliche Lehre sich zunächst mit diesem Vorwissen befassen und dieses nötigenfalls auch aufheben. Die wissenschaftlich abgestützte Lehre von der Politik besteht auch und wesentlich in der Zerstörung dessen, was den Blick auf die Realität der Politik verstellt.

In diesem Sinne ist die Politikwissenschaft ganz besonders der Ideologiekritik verbunden: Sie ist dazu da, Scheinwissen zu entlarven und durch wissenschaftlich gesichertes Wissen zu ersetzen. Politikwissenschaft ist Aufklärungswissenschaft.

# 1. Politikwissenschaft und Politik

- 1.1. Politikwissenschaft als Sozialwissenschaft
- 1.2. Hauptrichtungen der Politikwissenschaft
- 1.3. Politikbegriffe
- 1.4. Merkmale und Grenzen des Politischen
- 1.5. Politik und Wissenschaft

## 1.1. Politikwissenschaft als Sozialwissenschaft

*Politikwissenschaft* ist eine sozialwissenschaftliche Teildisziplin. Mit den anderen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen – wie vor allem Ökonomie und Soziologie – ist die Politikwissenschaft durch einen grundsätzlichen Gleichklang der Methodik verbunden. Von diesen anderen Teildisziplinen unterscheidet sich die Politikwissenschaft durch ihr Untersuchungsobjekt.

Die *Sozialwissenschaften* sind *empirische* Wissenschaft im weitesten Sinn. Ihr Interesse ist es, Erkenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge zu gewinnen. Allen Sozialwissenschaften geht es um die gesellschaftliche Wirklichkeit. Diese zu beobachten, zu beschreiben, zu analysieren und letztlich die Erkenntnisse zu einer Theorie zu verarbeiten, ist die Aufgabe jeder Sozialwissenschaft.

Empirisch sind die Sozialwissenschaften deshalb, weil alle ihre Aussagen an der Wirklichkeit messbar sein müssen. Das unterscheidet sozialwissenschaftliche, auch politikwissenschaftliche Theoriebildung von der Spekulation – gleichgültig, ob theoretische Aussagen Wünschenswertes oder Abzulehnendes betreffen, sie müssen zur gesellschaftlichen, das heißt hier politischen Wirklichkeit rückgekoppelt werden können; sie müssen anhand dieser Wirklichkeit überprüfbar und veränderbar sein.

Politikwissenschaft ist somit nicht die Lehre vom bestmöglichen Zustand der Gesellschaft und der Politik, sie ist zunächst die Lehre

vom tatsächlichen Zustand gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse.

Dieser empirische Charakter, der die Politikwissenschaft – wie auch die anderen Sozialwissenschaften – an die Tatsachen bindet, bedeutet freilich nicht, dass politikwissenschaftliche Erkenntnisse politisch neutral sein müssen. Selbstverständlich können diese Erkenntnisse für politische Ziele, d.h. für die Bemühungen um die Herstellung bestimmter Zielvorstellungen im Wettbewerb mit anderen Vorstellungen eingesetzt werden. Wenn z.B. eine politische Partei erfährt, dass die Politik der von ihr gestützten Regierung zunehmend jüngere Wähler verärgert, so wird das Ergebnis dieser etwa durch die Wahlforschung gewonnenen Erkenntnis nicht „neutral“ sein; so wird vielmehr diese Erkenntnis dazu führen, dass die Partei bei der Gestaltung der Regierungspolitik stärker Rücksicht auf die Interessen jüngerer Wähler nehmen wird.

Politikwissenschaft – auch hier wie die anderen Sozialwissenschaften – ist *wertfrei* und *nicht wertfrei* zugleich. Der eigentliche Vorgang der Beobachtung, der Erhebung, der Beschreibung und der Analyse politischer Sachverhalte, auch deren Weiterentwicklung zu theoretischen Aussagen, soll möglichst unbeeinflusst von Wertvorstellungen und von Interessen, also von bewusst parteinehmenden Einstellungen sein. Politikwissenschaftliche Forschung als Vorgang kann und soll in diesem Sinn um Wertfreiheit bemüht sein. Gleichzeitig ist jedoch dieser Forschungsvorgang in einen Wissenschaftsbetrieb hineingestellt, der für sich nicht wertfrei ist, der vielmehr von Wertvorstellungen und Interessen abhängig ist. Ob etwa im Bereich der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Internationaler Politik die Politikwissenschaft sich stärker mit Fragen der strukturellen Gewalt, etwa mit der Ungleichheit zwischen Norden und Süden beschäftigt, oder ob sich die Politikwissenschaft stärker mit personaler Gewalt, etwa mit den Kriegen und Befreiungskämpfen in Afrika befasst, ist eine Entscheidung, die von Interessen und Werten abhängt. Vor allem hängt aber auch die Verwertung politikwissenschaftlicher Erkenntnisse von Interessen und Werten ab – ob und in welcher Weise Erkenntnisse öffentlich gemacht werden, ob und in welcher Weise politische Entscheidungsträger diese Erkenntnisse berücksichtigen, das alles ist selbstverständlich nicht wertfrei.

Die Politikwissenschaft unterscheidet sich von den anderen Sozialwissenschaften, die alle durch eine gemeinsame Methodik gekennzeichnet sind, durch ihr Forschungsobjekt. Die Politikwissenschaft kümmert sich um die Politik. Die Grenzziehung zwischen politischen und nicht politischen gesellschaftlichen Bereichen, also zwischen den Objekten der Politikwissenschaft und den Objekten der anderen Sozialwissenschaften, ist freilich fließend. Denn es hängt von der Definition des Politischen ab, die wiederum oft die Folge gewisser historischer Zufälligkeiten, sicherlich immer aber auch von bestimmten Interessen ist, ob ein gesellschaftlicher Bereich als politisch oder als nicht politisch angesehen wird. In der Praxis sozialwissenschaftlicher Tätigkeit lässt sich überdies oft beobachten, dass bestimmte Gebiete von mehreren Sozialwissenschaften gleichzeitig behandelt werden. So kann etwa das Phänomen Sozialpartnerschaft von der Volkswirtschaft untersucht werden, weil die Zusammenarbeit zwischen den großen Wirtschaftsverbänden wesentliche Folgen für die Wirtschaftspolitik hat. Gleichzeitig sind aber die inneren Entscheidungsprozesse dieser Wirtschaftsverbände auch für die Wirtschaftssoziologie nicht unerheblich. Und dennoch befasst sich auch die Politikwissenschaft intensiv mit Fragen der Sozialpartnerschaft. Das Nebeneinander der Sozialwissenschaften bedeutet also nicht strenge Abgrenzung, sondern unterschiedliche Schwerpunktsetzung bei gleichzeitiger Überlappung der Forschungsgebiete.

## *1.2. Hauptrichtungen der Politikwissenschaft*

Politikwissenschaft ist ein Überbegriff, hinter dem sich die verschiedensten Richtungen verbergen. Diese Richtungen sind zumeist voneinander nicht streng abgegrenzt, sie unterscheiden sich durch unterschiedliche Prioritäten. Im Allgemeinen können in der Politikwissenschaft, durchaus analog zu den anderen Sozialwissenschaften, drei Hauptrichtungen unterschieden werden:

- *Die empirisch-analytische Richtung.* Diese Richtung konzentriert sich auf das Bemühen um möglichst wirklichkeitsnahe und gleichzeitig um möglichst wertfreie Wiedergabe der politischen Wirklichkeit. Diese Richtung nützt vor allem die Techniken der

empirischen Sozialforschung, sie ist empirisch im engeren Sinn – sie lässt die Fragestellungen, warum bestimmte Untersuchungen durchgeführt werden und wozu die Untersuchungsergebnisse dienen sollen, eher vernachlässigt. Den beiden anderen Hauptrichtungen wirft sie vor, dass diese allzuleicht versucht seien, Politikwissenschaft und Politik zu vermengen.

Ein Beispiel für die empirisch-analytische Richtung ist der politikwissenschaftliche *Behaviorismus*, die politikwissenschaftliche Verhaltenslehre. Dieser geht es darum, das Verhalten von Menschen in politischen Zusammenhängen möglichst exakt zu beschreiben. So hat sich der US-amerikanische Politologe *Heinz Eulau* immer wieder mit dem Verhalten von Abgeordneten im Bereich der Gesetzgebung befasst – mit wem sie wie oft kommunizieren, welchen Arbeitsaufwand sie für welche Zwecke einsetzen etc.

- *Die normativ-praktische Richtung.* Diese Richtung konzentriert sich auf die möglichst sinnvolle Verwertung politikwissenschaftlicher Erkenntnisse in der politischen Praxis. Politikwissenschaft wird auch und vor allem als Dienstleistung verstanden, der sich politische Entscheidungsträger zunehmend zu bedienen haben. Den beiden anderen Hauptrichtungen wirft diese Richtung vor, dass sie sich allzu leicht in den akademischen Elfenbeinturm einzuschließen bereit seien, dass sie sich häufig zu wenig um die tatsächliche Situation außerhalb der Forschung im engeren Sinn kümmern.

Ein sehr typischer Vertreter dieser Richtung ist der französische Politologe *Maurice Duverger*. In seinen Arbeiten zum politischen System Frankreichs, insbesondere auch zu Fragen des Parteien- und Wahlsystems betont er, wie sehr etwa Fragen des Wahlrechtes das gesamte politische System beeinflussen. Seine Erkenntnisse sind immer unmittelbar für die praktische Politik einsehbar, sie werden auch im Zusammenhang mit dieser praktischen Politik verständlich formuliert.

- *Die kritisch-dialektische Richtung.* Diese Richtung konzentriert sich auf die Analyse politischer Vorgänge im Zusammenhang mit



gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Politik wird hier, im Sinne eines besonders weiten Politikbegriffes, grundsätzlich allumfassend gedeutet. Die kritisch-dialektische Richtung wirft den beiden anderen Richtungen vor, diese seien allzu leicht Diener der jeweiligen herrschenden Verhältnisse, sie seien nur zu oft versucht, jede – kritische – Distanz zu bestehenden Verhältnissen zu verlieren.

Innerhalb dieser Hauptrichtung kommt den verschiedenen marxistisch beeinflussten Strömungen eine große Bedeutung zu. Die für alle diese Strömungen wichtige Beziehung politischer Phänomene mit Fragen der sozioökonomischen Strukturen („Klassenfrage“) ist sehr typisch für das Bemühen dieser Hauptrichtung, Politik nur im Zusammenhang mit allen anderen gesellschaftlichen Sachverhalten zu begreifen. Der britische Politologe *Ralph Miliband* liefert bei seinen Analysen der britischen Gesellschaft, insbesondere auch der Labour Party, gute Beispiele für die Verbindung einer marxistisch beeinflussten, kritisch-dialektischen Richtung mit dem Bemühen um möglichst exakte Beschreibung politischer Wirklichkeit.

Unabhängig von den marxistischen Strömungen sind auch die wichtigsten Vertreterinnen politikwissenschaftlicher Genderforschung hier einzuordnen – sie betonen den gesellschaftlichen Widerspruch zwischen Geschlechtern und geschlechtsspezifischen Interessen sowie eine geschlechtsspezifische Sichtweise von Gesellschaft und Politik.

Diese Richtungen stehen einander keineswegs unversöhnlich gegenüber. In der politikwissenschaftlichen Praxis lässt sich vielmehr beobachten, dass Elemente, dass bestimmte Denkansätze der einen Hauptrichtung mit denen der anderen Hauptrichtungen verbunden sind. Zumeist geht es in der Politikwissenschaft nicht um die Abgrenzung der einen gegen die anderen Hauptrichtungen, sondern um eine Nutzung im Sinne einer Vermischung verschiedenster Ansätze der verschiedensten Richtungen. Die Arbeiten des deutschen Politologen *Klaus von Beyme* beispielsweise sind sehr typisch für die Fähigkeit der Politikwissenschaft, aus den Hauptrichtungen, aus den in diesen Hauptrichtungen verbundenen, verschiedenen politikwissenschaftli-

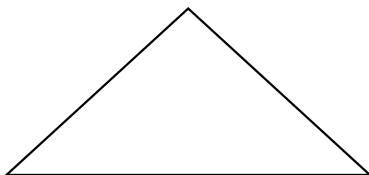
chen Strömungen einzelne Ansätze herauszunehmen (siehe dazu *Tabelle 1*).

Politikwissenschaft ist alles, was in diesem Dreieck, das die drei Hauptrichtungen bilden, stattfindet. Politikwissenschaft kann ohne einen internen Pluralismus nicht auskommen – selbstverständlich müssen die Repräsentanten der verschiedensten Strömungen akzeptieren, dass Politikwissenschaft auch von den Vertretern anderer Strömungen in Forschung und Lehre praktiziert wird.

### **Tabelle 1:**

Die Hauptrichtungen der Politikwissenschaft

**empirisch-analytisch**  
(Merkmale: empirisch im engeren Sinn;  
Nutzung der empirischen Sozialforschung.  
Kritik: vernachlässigt Frage nach politischem Nutzen und  
möglicher Abhängigkeit der Politikwissenschaft)



#### **normativ-praktisch**

(Merkmale: bemüht um direkte Verwertung und Politik; Praxisnähe und Anpassungsfähigkeit.

Kritik: allzu leicht beliebig einsetzbar – unter der Etikette  $\frac{2}{3}$  „Wissenschaft“ Tendenz zur politischen Dienstleistung)

#### **kritisch-dialektisch**

(Merkmale: sieht Politik in enger gesamtgesellschaftlicher Verflechtung; kritische Distanz zu bestehenden Verhältnissen.

Kritik: Neigung zur „Oppositionswissenschaft“ um jeden Preis, wenig Sensibilität für das Mögliche und Machbare)

### 1.3. Politikbegriffe

Der innere Pluralismus der Politikwissenschaft und auch die Unmöglichkeit, zwischen Politikwissenschaft und den anderen Sozialwissenschaften eine strenge Trennlinie zu ziehen, ergibt sich schon aus dem Nebeneinander unterschiedlicher Politikbegriffe. Die in der Politikwissenschaft vertretenen Politikbegriffe lassen sich nach verschiedenen Dimensionen gliedern.

**Tabelle 2:**

Politikbegriffe und Definitionen von Politik

<b>gouvernementale</b> vor allem auf den Staat bezogen, der traditionellen „Wissenschaft vom Staat“ angenähert	<b>partizipatorische Politikbegriffe</b> vor allem auf das Individuum bezogen, entspricht eher der „Politikwissenschaft ohne Staat“
<b>normative</b> wertbezogen, an einem Sollzustand orientiert	<b>deskriptive Politikbegriffe</b> beschreibend, an einem Seinszustand orientiert
<b>konfliktorientierte</b> betonen die Tatsache der Verknüpfung von Politik und Konflikt	<b>konsensbezogene Politikbegriffe</b> betonen eine mögliche Ausgleichs- und Friedensfunktion der Politik
<b>historisierende</b> stellen die gesellschaftliche Abhängigkeit und Veränderbarkeit in den Mittelpunkt	<b>ahistorische Politikbegriffe</b> betonen Zeitlosigkeit und Unveränderbarkeit der Politik

Nach: *Ulrich von Alemann, Erhard Forndran: Methodik der Politikwissenschaft, Stuttgart 1974*

#### Einzeldefinitionen

- Politik ist die Sicherung und Ordnung des Zusammenlebens von Menschen.
- Politik ist das Bemühen um die gute Ordnung einer Gesellschaft.
- Politik ist das Streben nach der Verwirklichung der Staatszwecke (etwa Sicherheit, Wohlfahrt, Freiheit, Frieden, Demokratie).
- Politik ist Kampf um und Benutzung von Macht.

- Politik ist die Unterscheidung von Freund und Feind sowie die Auseinandersetzung mit dem Feind.
- Politik ist das Streben nach Herrschaft im Staat.
- Politik ist die Kunst der Führung von Menschen und Gruppen.
- Politik ist Führung von Gemeinwesen.
- Politik ist Entscheidungsbildung auf öffentlichem Weg.
- Politik ist Handeln, welches gesellschaftliche Konflikte über Werte und materielle Güter sowie über deren Verteilung verbindlich zu regeln versucht.
- Politik ist der Kampf der Klassen und ihrer Parteien, von Staaten und Staatensystemen zum Zweck der Durchsetzung ihrer Interessen und Ziele.
- Politik ist Kampf um die Veränderung oder Bewahrung bestehender Verhältnisse.
- Politik ist die Gesamtheit jener Prozesse, die zur Herstellung von Akzeptanz für staatliche Entscheidungen dienen.

Nach: *Werner J. Patzelt*: Einführung in die Politikwissenschaft, Passau 2003

Diese Politikbegriffe stehen einander nicht streng abgegrenzt gegenüber, vielmehr handelt es sich dabei um bestimmte Betonungen, um verschiedene Schwerpunktsetzungen. Alle diese Politikbegriffe unterstreichen ein Merkmal, das insgesamt für das Verständnis des Politischen wesentlich ist.

Die Fülle von Einzeldefinitionen zeigt, dass es für die Politikwissenschaft nicht wichtig ist, den einen und einzigen Politikbegriff zu erarbeiten und zu vertreten. Politik auf eine einzige Definition zu bringen bedeutet entweder einen zu hohen Abstraktionsgrad – d.h., die Definition von Politik umfasst zwar alle Phänomene, ist aber unscharf, weil zu allgemein; oder eine solche einzige Definition greift zu kurz – d.h., sie schließt wichtige Aspekte des Politischen aus. Das Wesen der Politik kann am besten im Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Begriffen und Definitionsversuchen gesehen werden.

Für die Diskussion von Politik ist jedoch insbesondere die Unterscheidung zwischen einem „engen“ und einem „weiten“ Politikbegriff wesentlich. Ein *enger* Politikbegriff, in der Tradition des gouvernementalen Politikverständnisses, klammert breite Bereiche der Gesellschaft aus; ein *weiter* Politikbegriff hingegen kennt keine gesellschaftlichen Bereiche, die von vornherein „unpolitisch“ wären. Ein weiter Politik-

begriff betrachtet alle Sektoren der Gesellschaft als zumindest potentiell politisch.

Weiter und enger Politikbegriff machen deutlich, dass bei der Abgrenzung des Politischen vom Unpolitischen Interessen zumindest indirekt eine Rolle spielen. So ist etwa die Feststellung „die Schule darf nicht verpolitisiert werden“ nicht nur typisch für einen eher engen Politikbegriff, sondern auch typisch für die gesellschaftspolitischen Konsequenzen, die – unausgesprochen – damit zusammenhängen. Wenn die Schule sich gegen eine „Verpolitisierung“ wehren soll, so bedeutet dies, dass mit der (angeblichen oder tatsächlichen) Verpolitisierung wesentliche Veränderungen auf die Schule zukommen, die mit der oben erwähnten Feststellung abgewehrt werden sollen. Die Feststellung hingegen „die Schule ist ihrem Wesen nach immer politisch“, typisch für einen eher weiten Politikbegriff, öffnet die Schule jeder nur denkbaren Veränderung.

Der enge Politikbegriff ist eher defensiv, eher darauf gerichtet, bestehende Zustände zu verteidigen; der weite Politikbegriff ist eher offensiv, darauf gerichtet, die Veränderbarkeit bestehender Zustände hervorzuheben.

In der englischen Sprache kann das deutsche Wort „Politik“ in drei voneinander verschiedene Worte und Begriffe übersetzt werden:

- „polity“ umschreibt die formale Organisation von Politik, also Verfassung, Normen, Institutionen, und stellt *Ordnung* in den Mittelpunkt des Politischen;
- „policy (policies)“ betrifft die Inhalte politischer Entscheidungen, ist auf die Ziele und programmatischen Orientierungen der Politik gerichtet und betont die *Gestaltung* als Aufgabe von Politik;
- „politics“ beschreibt den politischen Prozess und seinen Rahmen, ist auf Interessen und ihre Gegenläufigkeit abgestellt und hebt die *Durchsetzung* dieser Interessen hervor.

Die politikwissenschaftliche Systemtheorie unterscheidet im Anschluß an diese Differenzierung zwischen politischen Eingaben („input“), also Impulsen aus der Gesellschaft, die das politische System zu Entscheidungen veranlassen. Diese Entscheidungen – politische Ausgaben

(„output“) – wirken in einer Rückkoppelungsschleife („feed-back“) wiederum auf die Gesellschaft zurück.

### *1.4. Merkmale und Grenzen des Politischen*

Obwohl Politik immer auch historisch verstanden werden muss, sind bestimmte Merkmale des Politischen dennoch unveränderbar. Diese Phänomene sind:

- *Knappheit*
- *Konflikt*
- *Macht*

Wesentlich für das Vorhandensein von Politik ist die Tatsache, dass die von der Gesellschaft als wertvoll eingestuften (materiellen oder immateriellen) Güter knapp sind. *Knappheit* bedeutet, dass nicht alle Interessen an diesen Gütern voll befriedigt werden können. Um die Verteilung der knappen Güter entstehen Konflikte.

Politik ist immer *Konflikt*, weil Politik immer mit Verteilung zu tun hat. Überall dort, wo miteinander konkurrierende Interessen oder Wertvorstellungen festzustellen sind, also überall dort, wo wir Konflikt beobachten können, gibt es Politik. Konflikte sind vielfältig vorstellbar – zwischen verschiedenen Parteien; zwischen verschiedenen Wirtschaftsverbänden; zwischen Elite und Masse; zwischen Großmächten; zwischen einem starken und einem schwachen Staat; zwischen dem Zentrum und der Peripherie; zwischen liberalen und sozialistischen Wertvorstellungen; zwischen Anhängern eines starken und Anhängern eines schwachen Staates.

Konflikte müssen letztlich ausgetragen und entschieden werden. Die Entscheidung über Konflikte ist die Aufgabe der Politik. Wenn eine solche Entscheidung mit Verbindlichkeit durchgesetzt werden kann, wenn sie in Geltung bleiben kann, dann ist sie mit *Macht* verbunden. Politik mündet letztlich immer in Macht.

Für die Politikwissenschaft ist Macht kein negativer Begriff, sondern ein unvermeidlicher Bestandteil des Politischen. Macht – im Sinne des deutschen Soziologen *Max Weber* – bedeutet die Fähigkeit, den eigenen Willen auch gegen Widerstrebende durchzusetzen,

gleichgültig, worauf diese Fähigkeit gegründet ist – sei es auf physische Gewalt, sei es auf persönliche Überzeugungskraft, sei es auf Gewohnheit, sei es auf Gesetz und Verordnung.

Politik hat auch immer mit unterschiedlichen Interessen zu tun, die ausgeglichen werden müssen. Der Begriff Interesse prägt seit Jahrhunderten Politik und Gesellschaft. In gewisser Weise ist die Politikwissenschaft eine „Wissenschaft vom Interesse“, da Interessenvermittlung in der Gesellschaft zwischen Einzelnen, Gruppen und Staat eine prägende Bedeutung hat.

Politikwissenschaft ist die Lehre von der Gestaltung und der Veränderung von Machtverhältnissen. Macht ist für die Politikwissenschaft zunächst weder gut noch schlecht – sie ist aber niemals immun. Sie kann, sie soll immer in Frage gestellt werden.

Macht ist ein der Gesellschaft insgesamt immanentes Phänomen – Macht gibt es überall: in der Familie wie im Betrieb, in der Freizeit wie in den internationalen Wirtschaftsverflechtungen. Daher ist Politik – im Sinne des weiten Politikbegriffes – überall in der Gesellschaft vorhanden, zumindest als Möglichkeit. Was als unpolitisch gilt, ist zumindest potentiell politisch. Nichts ist auf Dauer garantiert politikfrei.

Wenn wir die bisherigen Ausführungen verbinden, dann können wir festhalten, dass Politik ein auf das Verhalten anderer bezogenes Handeln ist, das mit dem Ziel ausgeübt wird, gesellschaftliche Konflikte verbindlich zu regeln. Von anderen Bereichen – Kultur, Wirtschaft, Recht – unterscheidet sie sich als Handlungsfeld kollektiv bindender Entscheidungen vor allem durch ein Merkmal: nur sie kann die Allgemeinverbindlichkeit von Entscheidungen gewährleisten und Konflikte regelsetzend beeinflussen. Politikwissenschaft – also die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Politik – ist die systematische Beschäftigung mit den Ereignisfeldern und den Strukturmerkmalen des Politischen. Sie ist die Fähigkeit zur professionellen Analyse politischer Formen, Prozesse und Inhalte – und zwar sowohl in Staaten und den vielfältigen staatlichen und nichtstaatlichen Subsystemen als auch den internationalen Beziehungen.

Dennoch stößt die Politik an Grenzen, die im Wesen des menschlichen Zusammenlebens liegen. Zu solchen Grenzen des Politischen zählen insbesondere:

- *Begrenzung durch die Menschenrechte:* Als Produkt von Aufklärung und bürgerlicher Revolution – (Erklärung der Menschenrechte indirekt in der Unabhängigkeitserklärung der USA, 1776 und explizit in Frankreich, 1789) – sind Menschenrechte einerseits eine Errungenschaft der politischen Entwicklung; andererseits aber begrenzen Menschenrechte die Politik. Wenn im Sinne der Menschenrechte alle Menschen mit bestimmten unveräußerlichen Rechten geboren sind, dann darf die Politik durch keinerlei auch noch so (scheinbar) demokratisch legitimierte Entscheidungen in diese Rechte eingreifen. Die Menschenrechte sind ein Politikverbot – insbesondere zum Schutz von Individuen und von Minderheiten. Anders als die anderen Grenzen des Politischen sind die Menschenrechte aber das Produkt von Politik; von einer Entwicklung, die – politisch bewusst – der Politik eine Grenze, ein Verbot setzen will. Über dieses Politikverbot wachen Gerichte – zum Beispiel der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte*.
- *Grenzen der politischen Machbarkeit:* Die Politik kann nicht alles, was politisch gewünscht und beschlossen wird, in die Wirklichkeit umsetzen. Die Politik stößt z.B. an Grenzen des wirtschaftlich Machbaren – etwa im Zusammenhang mit einer sozialen Verteilungspolitik. Die Politik stößt aber auch an Grenzen des technisch Machbaren – etwa in Form ökologischer Tatsachen im Zusammenhang mit der Gestaltung (oder Sicherung) des natürlichen Umfelds der Gesellschaft. Die Politik stößt aber auch an Grenzen von Raum und Zeit: Entscheidungen eines Parlaments oder einer Regierung können nur für einen bestimmten Raum (z.B. ein bestimmtes Land) wirksam sein – und für eine bestimmte Zeit (z.B. nur eingeschränkt für die Zukunft). Die Grenzen des politisch Machbaren verschieben sich ständig – z.B. als Folge der Entwicklung von Technologien. Aber auch wenn diese Grenzen sich verändern – es bleiben Grenzen der Machbarkeit. Politik darf daher nicht unterschätzt – sie darf aber auch nicht überschätzt werden: Nicht alles, was im gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen existiert, kann politisch gesteuert werden.
- *Grenzen der Partizipationsbereitschaft und der Partizipationsmöglichkeit:* Die Bereitschaft der Menschen, sich für Politik zu



interessieren, ist eingeschränkt. *Seymour Martin Lipset* (in „Political Man“): Die Mehrzahl der Menschen interessiert sich – gerade unter stabilen politischen Verhältnissen – nur eingeschränkt für Politik. Indikator dafür ist die politische Beteiligung (z.B. Engagement in politischen Bewegungen oder Parteien, Interesse an politischen Informationen in den Medien). Üblicherweise interessiert sich nur eine Minderheit intensiv für Politik – und eine Minderheit interessiert sich überhaupt nicht für Politik. Die Mehrheit interessiert sich für Politik, aber nur in Grenzen. Politik konkurriert um die menschliche Aufmerksamkeit – im Wettbewerb mit anderen Bereichen, wie Beruf oder Unterhaltung, Familie oder Gesundheit. Diese Grenze soll und kann in der Demokratie nicht aufgehoben werden – und eine Diktatur kann dies ebenso wenig, selbst wenn sie es wollte. Diese Begrenzung ist auch die Folge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die nicht allen Menschen im gleichen Ausmaß die Möglichkeit zur Beteiligung an Politik eröffnet.

Dass sich die Mehrheit in einer Gesellschaft intensiv für Politik interessiert, kann (nach den bisherigen Erfahrungen) nur in relativ kurzen historischen Abschnitten erreicht werden – Zuspitzungen in revolutionären Situationen (z.B. Frankreich 1789 – 1794, Russland 1917, Polen 1980/81), bzw. im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch eines Systems und dem Übergang zu einem anderen System („Transformation“). Beispiele dafür sind die Transformationen in der Zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die den Übergang zu liberalen demokratischen Systemen herbeigeführt haben. Diese Transformationen wurden in Griechenland und Portugal 1974, in Mittel- und Osteuropa 1989 durch eine ungewöhnlich intensive Beteiligung an Politik einer ungewöhnlich großen Zahl von Menschen herbeigeführt, bzw. aktiv begleitet.

*Lipset* verweist auf ein Paradoxon: Stabile Demokratien sind durch ein bloß begrenztes Interesse an Politik charakterisiert. Im Rahmen stabiler Demokratien ist es daher weder möglich, noch unbedingt wünschenswert, diese Grenze überschreiten zu wollen. *Lipset* bringt ein Beispiel, mit dem er sein Argument untermauert: Die geringe Wahlbeteiligung bei der Präsidentschaftswahl in den USA im November 1932 – und die hohe Wahlbeteiligung bei der Reichstagswahl in Deutschland, ebenfalls im November 1932. Die im Vergleich